

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - Dezernat V Amt 50	Drucksache DS0793/03	Datum 04.11.2003
--	---------------------------------------	----------------------------

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Ö	N	Beschlussvorschlag		
				angenommen	abgelehnt	geändert
Der Oberbürgermeister Finanz- und Grundstücksausschuss	25.11.2003 03.12.2003	X	X	X		

beschließendes Gremium Stadtrat	04.12.2003	X		X	
---	------------	---	--	---	--

beteiligte Ämter FB02, FB01	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		[X]
	KFP		[X]

Kurztitel:

ÜPL in Höhe von 980.000 EUR für UA 1.41310 731300.3
1.41310 741300.1

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt eine unabweisbare überplanmäßige Ausgabe gem. § 97 (1) GO-LSA im Bereich Sozialhilfe -Krankenhilfe- örtlicher Träger in Höhe von 980.000 EUR. Die Deckung erfolgt aus dem Deckungskreis Personalausgaben (DK PK 4)

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	Finanzielle Auswirkungen		
X		2003	JA	X	NEIN

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgelasten ab Jahr 2004 keine <input type="checkbox"/>	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
Euro 980.000	Euro	Euro	Euro	2003

Haushalt		Verpflichtungs- ermächtigung		Finanzplan / Invest. Programm	
veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input checked="" type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr 2003 mit UA Euro 1.41310 mit 325.000 und UA 1.41310.. mit 655.000	davon Vermögens- haushalt im Jahr mit Euro	Jahr Euro	Jahr Euro	Jahr Euro	Jahr Euro
Haushaltsstellen Deckung:	Haushaltsstellen Prioritäten-Nr.:				

Federführendes	Sachbearbeiter	Unterschrift AL
Amt	Frau Seidel	Frau Borris

Verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Frau Bröcker
---	--------------	--------------

Begründung

UA: **1.41310 731300.3** – Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen, örtlicher Sozialhilfeträger

1.41310 741300.1 – Krankenhilfe innerhalb von Einrichtungen, örtlicher Sozialhilfeträger

UA 1.41310... Hilfe bei Krankheit	Ist 2001	Plan 2002	NT 2002	Ist 2002	Differenz zum NT 2002	Plan 2003	vorauss. Ist 2003	Vorauss. Mehrbe- darf 2003
1.41310 731300.3 Krankenhilfe auße- halb von Einr. örtl. SHTr.	842.240	920.300	850.300	1.006.199	155.899	850.000	1.175.000	325.000
1.41310 741300.1 Krankenhilfe in Einr. örtl. SHTr.	627.951	1.278.300	645.300	1.238.343	593.043	800.000	1.455.000	655.000
Gesamt	1.470.191	2.198.600	1.495.600	2.244.542	748.942	1.650.000	2.630.000	980.000

(alle Angaben in EURO)

Wie aus der o.g. Tabelle ersichtlich, kam es bereits 2002 zu Mehrausgaben in Höhe von 748.942 EUR, die im Rechenschaftsbericht 2002 erläutert wurden. Dieses Ergebnis konnte keinen Eingang in die Planung 2003 finden, da Grundlage für Plan 2003 der Plan 2002 war. Ähnlich wie 2002 zeichnen sich erhöhte Kosten 2003 ab. Da der Bedarf kontinuierlich ansteigt, wird mit einem Mehrbedarf von ca. 980.000 EUR gerechnet.

Der über dem Planansatz liegende Bedarf wird vorwiegend begründet durch:

- ständige Erhöhung der ambulanten Kosten, insbesondere auch für Rettungsdiensteinsätze;
- Anstieg von Fällen, die vorher in der Erstattung des Landes waren (z.B. Aussiedler über zwei Jahre)
- Zunahme von problematischen Fällen, wie alkoholabhängige, oftmals obdachlose Personen;
- vermehrt unplanbare kostenintensive Einzelfälle in der Krankenhausbehandlung;
- durch bestimmte Erkrankungen ausgelöste Anschlussheilbehandlungen oder Reha-Maßnahmen;
- Anstieg der Krankenhauskosten gegenüber 2002 aufgrund gestiegener Krankenhauspflegesätze, die die Krankenhäuser mit der Krankenkasse aushandeln. Gemäß § 37 BSHG ist der Sozialhilfeträger an diese Leistungsvereinbarungen gebunden.
- Ab 2003 wenden das Städt. Klinikum, Marienstift und die Pfeifferschen Stiftungen ein neues Abrechnungssystem, das Diagnosis Related Group (DRG)-System, an. Durch die Abrechnung nach diesem Fallpauschalensystem ist eine Kostensteigerung entstanden.

Es handelt sich hier um Ausgaben für Pflichtaufgaben, die unabweisbar sind.

Eine Deckung im Deckungskreis DK-SOZ des Amtes 50 ist nicht möglich, da dieser voraussichtlich mit 2.380.000 EUR überschritten wird.

Das heißt, die noch freien Mittel per 31.10.03 in Höhe von 6.290.100 EUR und zusätzlich 2.380.000 EUR Mehrbedarf werden bis 31.12.03 benötigt.

Die Erfüllung per 31.10.03 zeigt im Zuschuss noch eine Untererfüllung in Höhe von 1.295.804 EUR. Diese Abweichung resultiert daraus, dass Einnahmen als Erstattungen für Ausgaben vom überörtlichen Träger schon im Voraus für die Monate November und Dezember im A-Soll in Höhe von 3.900.000 EUR enthalten sind. Setzt man diese vom Ist per 31.10.03 ab, ergibt sich eine Erfüllung von 26.988.268 EUR = 91,86 %.

Das zeigt eine voraussichtliche Übererfüllung der Ausgaben in Höhe von ca. 2.380.000 EUR zum Jahresende.

Dieser Mehrbedarf wird in den Drucksachen 0793/03 mit einer ÜPL in Höhe von 980.000 EUR und in der Drucksache 0804/03 mit einer ÜPL in Höhe von 1.400.000 EUR beantragt.